

---

Sitzung vom Montag, 8. Juni 2015 Verfasser: Andreas Hauri

---

## **(Kein bäuerliches) Verbandsbeschwerderecht für Kulturlandschutz** (Thomas Wirth)

Diese PI verlangt, dass neben den Umweltschutzverbänden auch andere Verbände ein Beschwerderecht erhalten. Die glp ist für ein Verbandsbeschwerderecht, um dem Kulturlandschutz die notwendige Sicherheit zu geben. Diese parlamentarische Initiative möchte jetzt vor allem auch den Bauernverband mit dem offiziellen Verbandsbeschwerderecht betrauen. Bäuerliche Vertreter sind jedoch keine Umweltschützer, gerade dieser Verband fordert immer wieder ausserhalb der Bauzone Kulturland zu überbauen, sie sind einseitige Rosinenpicker und vertreten reine Partikularinteressen. Der Rat folgte der glp Meinung und lehnte diese PI ab.

## **Lotteriefondsgelder die Sanierung der Wasserkraftwerke am Aabach** (Michael Zeugin)

Die Wasserkraftwerke am Aabach sollen mit 21 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds unterstützt werden. Die glp sagt wie alle anderen Fraktionen JA zu diesem Antrag – aus zwei Gründen. Erstens haben die zwölf Anlagen eine grosse geschichtliche Bedeutung. Sie sind einzigartige Zeugen der industriellen Entwicklung unseres Kantons im 19. Jahrhundert. Zweitens produzieren die meisten dieser historischen Industrieanlagen heute noch Strom. Es geht also nicht um eine Fassaden-Denkmalpflege, sondern darum, dass Wasserkraftwerke weiterhin betrieben werden können.

## **Planungs- und Baugesetz** (Barbara Schaffner)

Der Regierungsrat hatte uns eine Revision des Planungs- und Baugesetzes vorgelegt, welche die neuen Begriffe und Definitionen der interkantonal harmonisierten Baubegriffe übernimmt, aber keine wesentlichen, materiellen Änderungen am PBG beinhaltet. Das ist aus unserer Sicht die richtige Vorgehensweise bei der Einführung dieser Begriffe. Mit diversen Anträgen der FDP kommt es hingegen zu materiellen Änderungen, die zu einer schleichenden Vergrösserung von Bauten führen, ohne dass von Seiten der Gemeinden über die Bau- und Zonenordnung irgendeine Änderung gemacht wurden. Über eine Änderung der kantonalen Gesetzgebung wird also die Planungshoheit der Gemeinden übersteuert und das Ganze wird dann unter dem Titel Verdichten verkauft, obschon dadurch keine zusätzlichen Wohnungen geschaffen werden. Dagegen wäre es eminent wichtig, für sinnvolle Verdichtungsprojekte, das Verständnis und die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Verdichtung soll ein bewusster Prozess sein, der von den Gemeinden in bestimmten Zonen über die BZO gesteuert wird. Nur so wird es gelingen, die Bevölkerung ins Boot zu holen.

Die Grünliberalen lehne alle Mehrheitsanträge der KPB ab. Leider ist die glp in der neuen Zusammensetzung im Kantonsrat bei ökologischen Themen in der grossen Minderheit. Wir bleiben dran.

Dafür reichen wir heute eine Motion ein, die eine radikale Vereinfachung des PBG fordert, die den Gestaltungsspielraum der Architekten wieder öffnen will und gleichzeitig den Gemeinden Gewähr bietet, dass sie keine Gebäude bewilligen müssen, die den vorgesehenen Rahmen für die jeweilige Zone sprengen.

## **Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe - IVHB** (Barbara Schaffner)

Als Mittepartei sind wir Grünliberalen gewohnt, mit wechselnden Partnern Mehrheiten zu bilden. Erstaunlicher ist hingegen die Situation, in der wir uns nun befinden, nämlich zweimal in der Minderheit mit wechselnden Partnern. Bei der PBG-Revision haben wir die schleichende Verdichtung der rechten Mehrheit bekämpft. Dies hindert uns jedoch nicht daran, der IVHB - dem Auslöser der PBG-Revision – zuzustimmen, wo wir uns mit Mitte-Rechts wieder in der Minderheit befinden. Die SVP stellt sich quer, da es sich um ein Konkordat handelt, Links-Grün trötelt wegen der Niederlage im PBG ... und beide Seiten merken nicht, dass es vor allem darum geht, dass Architekten in Otelfingen und im benachbarten Wettingen, das Gleiche unter einer Fassadenhöhe verstehen oder Geschosse gleich zählen. Wir wurden leider auch hier überstimmt.

## **Bau eines Schwemmholzurückhaltes an der Sihl bei Langnau a. A.** (Barbara Schaffner)

Das Gebiet um den Zürcher Hauptbahnhof gehört schweizweit zu den Gebieten mit dem grössten Schadenspotenzial bei Hochwasser. Zum Schutz der Bevölkerung und von Sachwerten ist es deshalb zwingend, vorbeugende Massnahmen zu ergreifen.

Das vorgeschlagene Projekt eines Schwemmholzurückhalterechens an der Sihl ist eine solche Massnahme. Das Projekt nutzt geschickt die Dynamik des Flusses und die natürlichen Gegebenheiten. Gleichzeitig wird die Gelegenheit ergriffen, mit dem Projekt eine ökologische Aufwertung zu verbinden und spezielle Lebensräume zu schaffen.